

Medienmappe

Solidarität in einem reichen Land – Was kann sich Österreich leisten?

ExpertInnengespräch zu den Reformen der Mindestsicherung und der Notstandshilfe

Das Programm der österreichischen Bundesregierung zu Änderungen der Mindestsicherung und Notstandshilfe hat zu kontroversen Reaktionen geführt. So sind etwa künftig gewisse Sprachkenntnisse Bedingung für den Erhalt der Sozialleistungen, eine Wartefrist für EU-BürgerInnen sowie Änderungen bei Kinderzuschlägen vorgesehen. Im Rahmen eines Mediengesprächs stehen am Dienstag, 8. Jänner, WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Fachrichtungen mit Ihrer Expertise zu dem Thema für Fragen zur Verfügung und gehen dabei u.a. auf die Punkte soziale Sicherheit sowie Verteilung von Chancen in Österreich ein.

Folgende WissenschaftlerInnen sind vertreten:

Univ. Prof. Dr. Bernhard Kittel (Universität Wien)

Ao. Univ. Prof. Dr. Christoph Reinprecht (Universität Wien)

Ass.-Prof.in Dr.in Alyssa Schneebaum (Wirtschaftsuniversität Wien)

Ass.-Prof.in Dr.in Christine Stelzer-Orthofer (Johannes Kepler Universität Linz)

Univ. Prof. i.R. Dr. Emmerich Talós (Universität Wien)

Dienstag, 8. Jänner 2019, 09:30 Uhr

Ort: Café Stein, Währingerstraße 6-8, 1090 Wien, Österreich

Rückfragen & Kontakt:

Dr.in Carina Altreiter

Institut für Soziologie, Universität Wien

T: +43 (0)1/4277 49253

M: carina.altreiter@univie.ac.at

Statements der ExpertInnen

Univ. Prof. Dr. Bernhard Kittel (Universität Wien)

Druck auf Beschäftigte steigt

Die in der Öffentlichkeit diskutierten Bilder des Lebens mit Mindestsicherung stehen in einem eklatanten Widerspruch zur alltäglichen Realität dieses Lebens. Für die meisten bedeutet das Leben im letzten Sicherungsnetz am Existenzminimum keine „Hängematte“, sondern den psychischen Alarmzustand als Dauerschleife. Es ist kein Leben, das glücklich macht. Für viele Menschen in der Mindestsicherung ist die Forderung, eine Arbeit zu suchen, blanker Hohn. Studien zeigen, dass die intrinsische Arbeitsmotivation zwar generell hoch ist, aber zugleich sind die Probleme, die oft kumulieren, überwältigend. Und den Sturz in die Mindestsicherung zu beschleunigen, indem die Notstandshilfe abgeschafft wird, bedeutet für all diejenigen, die über keinen absoluten Kündigungsschutz verfügen, eine Erhöhung des Risikos, den Lebensstandard und den gesellschaftlichen Status bei Arbeitslosigkeit zu verlieren. Damit werden die Einsätze im Spiel um Arbeit erhöht, dem Egoismus Vorschub geleistet und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Frage gestellt.

Ao. Univ. Prof. Dr. Christoph Reinprecht (Universität Wien)

Wohnsicherheit benachteiligter Bevölkerungsgruppen wird nachhaltig verschlechtert

Die Änderung im Bereich Mindestsicherung und Notstandshilfe erhöhen nicht nur den finanziellen Druck auf die betroffenen Personen und Haushalte; sie verstärken zugleich deren Abhängigkeit von staatlicher Alimentierung und Behördenhandeln. Ein Grundgedanke des modernen Wohlfahrtsstaats ist es, Menschen als gleichberechtigte Rechtssubjekte und nicht als BittstellerInnen anzuerkennen. Die geplanten Änderungen fixieren von Armut und Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Menschen in ihrer materiellen und gesellschaftlichen Notlage. Die Folgen sind im Bereich Wohnen besonders dramatisch. Der Anstieg der Wohnungskosten gefährdet bereits heute die Wohnsicherheit vieler Haushalte. Während einkommensschwache Haushalte im Durchschnitt mehr als die Hälfte ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben, beträgt der Anteil in höheren Einkommenssegmenten weniger als ein Fünftel. Und während in Österreich ein durchschnittlicher Haushalt rund 5 Prozent des Einkommens für Energie (Heizkosten, Warmwasser, Kochen, Licht) ausgibt, liegt dieser Anteil in verarmten Haushalten bei über 20%. Die geplanten Änderungen tragen dazu bei, dass die Wohnchancen für den ökonomisch schwächsten Teil der Bevölkerung drastisch und nachhaltig verschlechtert werden. Wohnen ist Grundbedürfnis und der Zugang zu adäquatem Wohnraum ein Menschenrecht.

Ass.-Prof.in Dr.in Alyssa Schneebaum (Wirtschaftsuniversität Wien)

Kürzungen bei den Ärmsten verfestigen Armut über Generationen

Die empirische Evidenz zur „Vererbung“ von sozialem Status über Generationen ist eindeutig: Sozialer Status wird vererbt. Kinder von sozial Schwachen werden deutlich wahrscheinlicher selbst wieder sozial Schwach sein als andere Kinder. Im intergenerationalen Vergleich ist diese sogenannte intergenerationelle Mobilität in Österreich relativ gering. Die angekündigte Abschaffung der Notstandshilfe macht gerade Menschen in besonders prekären Lebenssituationen kurzfristig ärmer und erhöht das Risiko langfristig in Armut abzugleiten. Insbesondere Familien mit Kindern und Alleinerziehende sind davon besonders betroffen und die soziale Teilhabe dieser Kinder und damit ihre zukünftigen Lebenschancen sind gefährdet. Unsere Gesellschaft braucht die vielfältigen Talente aller Menschen und kann es sich nicht leisten, dass so viele durch den Zufall der Geburt vergeudet werden. Die Idee, dass auf diese Weise die Wirtschaft durch noch billigere Arbeitskräfte aufgrund des noch größeren Drucks eine Arbeit anzunehmen gefördert würde, ist absurd. Nicht nur weil die Zahl der offenen Stellen deutlich niedriger ist als jene der Arbeitslosen sondern eben auch weil die langfristigen Folgen von Armut enorm sind und sich über Generationen fortsetzen und multiplizieren.

Ass.-Prof.in Dr.in Christine Stelzer-Orthofer (Johannes Kepler Universität Linz)

Exklusion als neues Ziel der österreichischen Sozialpolitik

Die sozialpolitische Entwicklung der letzten Jahrzehnte in Österreich kann als durchaus ambivalent beschrieben werden. Armutsreduktion und Inklusion wurden mit neuen, allenfalls höheren Leistungen und der Ausweitung der Zielgruppen zu erreichen versucht. Demgegenüber standen Maßnahmen, die zu Leistungseinschränkungen sowie zur Exklusion und Ausgrenzung führten. Die Reformen zur österreichischen Mindestsicherung setzen bei letzterem an. Vorbild dafür sind die Regelungen in NÖ, die vom Verfassungsgerichtshof (3/2018) aufgehoben sowie jene in OÖ, die vom EuGH (11/2018) als rechtswidrig beurteilt wurden. Ungeachtet dieser Erkenntnisse werden Kürzungen für Migrant_innen mit schlechten Deutschkenntnissen, eine quasi Deckelung für Haushalte mit drei und mehr Kindern sowie eine fünfjährige Wartefrist für EU-Bürger_innen und Drittstaatenangehörige implementiert. Unberücksichtigt bleibt, dass Lebensbedingungen von Mindestsicherungsbeziehenden sich statistisch signifikant von jenen der Gesamtbevölkerung unterscheiden, insbesondere was deren Gesundheitszustand betrifft. Das sozialstaatliche Ziel „Inklusion“ wird tendenziell zurückgedrängt, Ausgrenzung steht am Programm. Höhere Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung und Intensivierung von Armut („poverty gap“) werden in Kauf genommen, vulnerable Gruppen gegeneinander ausgespielt, mit dem Ziel Sozialstaatsabbau und Exklusion voranzutreiben.

Schwarz/türkis-blauer Perspektivenwechsel in der Sozialpolitik

Schon der Wahlkampf im letzten Jahr hat deutlich erkennen lassen, dass der österreichische Sozialstaat nicht ungeschoren davon kommen wird, wenn Parteien wie die FPÖ und die Liste Sebastian Kurz/ÖVP die Wahl gewinnen und die neue Regierung bilden. In Anlehnung an die erste Auflage von Schwarz-Blau heißt es: „Jeder und jede Einzelne soll Verantwortung für ihr bzw. sein Leben übernehmen. Wir müssen der staatlichen Bevormundung ein Ende setzen.“ Das neoliberale Credo von Eigenverantwortung, Vorsorge vor Fürsorge und vom schlanken Staat bildet die Grundlage für angepeilte Veränderungen, die vor allem sozialpolitische Leistungen, aber auch die Organisation der Sozialversicherung betreffen. Ein Teil der Vorhaben der Regierung ist bereits durch den Ministerrat oder im Parlament beschlossen (Auslaufen des Beschäftigungsbonus, Kürzung der Familienbeihilfe für Kinder im EU-Ausland, Anhebung der Höchstarbeitszeit, Zentralisierung der Krankenkassen mit Schwächung der ArbeitnehmerInnenorganisationen). Maßnahmen wie Kürzungen in der „Mindestsicherung Neu“ und Verstärkung der Unterschiede in der Arbeitslosenversicherung sind noch am Wege. Die wiederholten Hinweise der Regierung, dass die Änderungen im Wesentlichen nur ausländische Familien betreffen werden, dienen ausschließlich der Verschleierung der forcierten sozialpolitischen Schieflage- und Spaltungspolitik.